

BÜCHER

Reformvorschläge für Eurozone und EU

Rezension von: Alexander Schellinger,
Philipp Steinberg (Hrsg.), Die Zukunft
der Eurozone. Wie wir den Euro retten
und Europa zusammenhalten,
transcript Verlag, Bielefeld 2016,
219 Seiten, broschiert, € 19,99;
ISBN 978-3-837-63636-9.

Auf der Grundlage von Problemanalysen der Eurozone (EZ) und maßgeblicher Entscheidungsfaktoren der EU-Politik werden Reformvorschläge für EZ und EU vorgestellt. Angesichts der Breite der Beiträge werden nur ausgewählte Schlaglichter auf den Sammelband geworfen. Die AutorInnen stammen aus dem deutschen akademischen Bereich mit mehr oder weniger direkten Bezügen zur politischen Praxis.

„Hat der Euro die Demokratie gestohlen?“, fragt sich Christian Becker und führt populistische Erscheinungen auf eine unangemessen starke Beschneidung des nationalen politischen Entscheidungsfreiraums zurück. Er spricht dabei das Trilemma aus Demokratie, Nationalstaatlichkeit und Globalisierung sowie die konservativ-liberale Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik (in) der EU an und sieht insbesondere die geplanten „Vertragspartnerschaften“ mit ihrem zweifelhaften Demokratiegehalt kritisch. Angesichts des Koordinierungsversagens im Hinblick auf eine erwünschte Politik für die EU (statt nationaler Interessenpolitik) führt Be-

cker die Diskussion folgerichtig in Richtung einer Transnationalisierung der Parteien (Europaparteien im EU-Einheitswahlkreis); allein die Umsetzbarkeit auf absehbare Zeit wird bezweifelt.

Henrik Enderlein verweist zu Recht auf die Blauäugigkeit und Unbekümmtheit, mit der die Währungsunion eingeführt wurde. So wichtig eine gemeinsame Währung für die wirtschaftliche Integration ist, so problematisch ist die Einführung einer Währungsunion in einem heterogenen Wirtschaftsraum ohne entsprechende Vorkehrungen für Konvergenz, Homogenisierung und Funktionalisierung. Dieses Manko auszugleichen, wird immer dringlicher (wie das auch Michael Dauderstädt mit seinem Blick auf soziale Ungleichheiten, die seit Krisenbeginn noch weit größere Besorgnis auslösen, impliziert).

Soll der Gemeinsame Markt erhalten bleiben, wäre eine Einheitswährung ideal dafür, vorausgesetzt der Binnenmarkt, das sei als Kommentar angefügt, wird als fairer – Entwicklung, Aufholen und Ausgleich erleichternder –, nicht als weitestgehend freier und sozial problematischer Markt angesehen, der wiederum die Konvergenz behindert. Enderlein sieht das Problem allerdings eher in einer noch zu schwachen Substitutionskonkurrenz. Zu Recht fordert er auch einen echten, starken Europäischen Währungsfonds, doch sei auch hier warnend angemerkt, dass dieser im Grund eine ermöglichende statt einer verbotenden Instanz sein sollte.

Mark Schieritz macht deutlich, dass hohe Staatsschulden nicht generell für die Krise verantwortlich gemacht wer-

den können, ja, dass sie vielfach die Folge der Finanzmarktkrise und ihrer realwirtschaftlichen Folgen waren, und dass die Fremdfinanzierung der Staaten des Südens auch auf dem Finanzierungsangebot aus den nördlichen Ländern beruhte (was, das sei ergänzt, auch heute noch eine gesamteuropäisch konstruktive Lösung für die lange Frist behindert). Schieritz geht dabei speziell auf die harte deutsche Politik ein, bei der die Regeleinhaltung im Vertragswerk ökonomisch nahezu unreflektiert die entscheidende Richtschnur bildet.

In diese Richtung stoßen auch Björn Hacker und Cédric Koch mit der Frage „Wer fordert was?“ vor: „Ein Grundstein der identifizierbar scharfen Trennung zwischen Befürwortern einer Stabilitätsunion und Anhängern einer Fiskalunion wurde bereits sehr früh gelegt. Ausgetragen wird nämlich ein alter Konflikt der Wirtschaftspolitik um den Glauben um die regelbasierte Selbstdisziplinierung des Marktes einerseits und die Überzeugung staatlicher Marktkorrektur und -gestaltung andererseits“ (S. 89). Die Autoren führen den Konflikt bis zum Werner-Plan (1970) und Delors-Bericht (1989) zurück (inzwischen hatte sich der Neoliberalismus Eingang verschafft, möchte ich sagen). Mit Recht warnen sie vor der nur trügerischen Nachhaltigkeit einer eisernen Stabilitätsstrategie, auf welche die deutsche politische Mehrheit eingefahren ist; konstruktivere Schritte werden verhindert, obwohl nachhaltigere Grundsatzlösungen früher zu treffen wären als in der nächsten, bestimmt nicht ausbleibenden Krise.

Franz Mayer untersucht die Eignung des rechtlichen Rahmens für Reformvorhaben und resümiert: „Die rechtli-

chen Mechanismen, die sich im Zuge der Eurorettung ausgeprägt haben, reagieren auf Krisenbefunde. Sie stehen Reformüberlegungen nicht im Weg“ (S. 118). Selbst wenn teils Einstimmigkeit der EU-Entscheidungen erforderlich ist, so liegt das Haupthindernis nach seiner Erkenntnis im deutschen Verfassungsrecht und der zugehörigen höchstgerichtlichen Judikatur.

Die Reformvorschläge verschiedener AutorInnen gehen im Ganzen in Richtung effektiverer Durchsetzbarkeit, damit kräftigerer Zentralisierung (Kompetenz auf supranationaler Ebene), aber erhöhter demokratischer Legitimität und verstärkter wirtschaftlicher, wirtschaftspolitisch tatsächlich, nicht nur formell vorangetriebener Konvergenz auf hohem Niveau. In diesem Zusammenhang nehmen fiskalische Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik einen wesentlichen Stellenwert ein. Rückbau der bisherigen politisch-strukturellen Integration wird deutlich negativ gesehen.

Nicht nur die Reformvorschläge, auch die vorangehenden Analysen dienen als Fundierung für dringend nötige offene und breite Diskussionen. Diese werden über die reine Konstruktionsfragen der EU oder EZ hinausgehen (müssen), indem zum Ersten die Vorzüge der Union auch für die wohlhabenden, sich übervorteilt fühlenden Mitglieder klargelegt werden,¹ zum Zweiten die inhaltlich-politischen Spielräume auszuloten sind, die das gegenwärtige Regelwerk bereits bietet,² und zum Dritten, indem Neuausrichtungen der Zielsetzungen und Instrumenteneinsätze vorgeschlagen werden, deren Umsetzung eine konsequente Institutionenreform nachziehen müsste.³ Aber das ist schon eine andere Geschichte.

Die von Alexander Schellinger und Philipp Steinberg herausgegebenen Beiträge sind fachlich einfach gehalten, um auch für Nicht-ÖkonomInnen passend zu sein, doch die bemüht einfache Darstellung lässt es zuweilen ein wenig an Klarheit der Argumentation mangeln.

Rainer Bartel

Literatur

Fratzscher, Marcel, Vier Denkfehler bei der Euro-Kritik, in: DIW Wochenbericht 10 (9. März 2017), 172; online: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.554092.de/17-10-3.pdf.

Fricke, Thomas, Zero Interest Rates in EU: The Myth of the Poor German Saver, in: Social Europe, blog (15.2.2017); <https://www.socialeurope.eu/2017/02/zero-interest-rates-eu-myth-poor-german-saver/>.

Mason, Paul, Commission White Paper Option Six: A Europe of Democracy and

Social Justice, in: Social Europe, blog (6.3.2017); <https://www.socialeurope.eu/2017/03/option-six-a-europe-of-democracy-and-social-justice/>.

Priewe, Jan, Ist die Eurozone vielleicht doch ein „optimaler Währungsraum“?, in: Makronom (30.1.2017); <https://makronom.de/ist-die-eurozone-vielleicht-doch-ein-optimaler-waehrungsraum-19143>.

Skouras, Thanos, Competitiveness and its leverage in a currency union or how Germany gains from the euro, in: real-world economics review 18/4 (2016) 40-49.

Truger, Achim; Nagel, Michael, Austerity, Cyclical Adjustment and how to Use the Remaining Leeway for Expansionary Fiscal Policies within the Current EU Fiscal Framework, in: Turkish Economic Review 3/2 (2016) 235-255.

Anmerkungen

¹ Skouras (2016); Fratzscher (2017); Fricke (2017).

² Truger, Nagel (2016); Priewe (2017).

³ Mason (2017).